

Politische Morde, Menschenrechte und der Friedensprozess

Kurzfassung des amnesty international Berichtes
vom 15. August 2006.

In den letzten Jahren ist die Anzahl der Morde an politischen Aktivisten und an auf Gemeindeebene engagierten Bürgern ständig angestiegen, vor allem Morde an solchen Aktivisten, die mit legalen linksorientierten Gruppen in Verbindung stehen. In den ersten sechs Monaten von 2006 geschahen mindestens 51 Morde verglichen mit 66 im gesamten Jahr 2005.

amnesty international

Die meisten derartigen Übergriffe gingen auf das Konto von unbekanntem, bisweilen maskierten Männern, die auf ihren Motorrädern entkamen. Kaum einer der Verantwortlichen wurde verhaftet, angeklagt oder bestraft.

Die Morde sind oft durch vorhergehende Morddrohungen angekündigt. Häufig wird über vorhergehende Überwachung der Opfer durch Personen berichtet, die mit den Sicherheitskräften in Verbindung stehen. Die meisten Opfer gehören linken Gruppierungen an. Es herrscht ein Klima der Straflosigkeit, das die Täter vor gerichtlicher Verfolgung schützt. Alle diese Tatbestände fügen sich zu einem Muster zusammen, das amnesty international zu der Schlussfolgerung bringt, dass die Angriffe keine unzusammenhängende Serie krimineller Morde sind, sondern ein politisch motiviertes Muster von Morden bilden. Die Organisation ist auf das Schwerste besorgt, dass Mitglieder der Sicherheitskräfte direkt an den Morden beteiligt sind oder sie zumindest mitgetragen oder geduldet haben.

amnesty international's Besorgnis hat zugenommen. Die politischen Entwicklungen im Jahr 2006 haben die Situation weiter verschlechtert. Dazu gehörten im Februar die befristete Verhängung des Ausnahmezustandes, die Verhaftung und die drohende Verhaftung linksgerichteter Abgeordneter des Kongresses und anderer Personen unter der Beschuldigung der Rebellion, sowie eine Zunahme militärischer Operationen zur Aufstandsbekämpfung. Diese Operationen stehen im Zusammenhang mit der Er-

klärung eines Vernichtungskrieges gegen die Neue Volksarmee NPA, den bewaffneten Arm der kommunistischen Partei der Philippinen, durch hochrangige Mitglieder der Regierung oder der Sicherheitskräfte.

Geringe Hoffnung auf Friedensprozess

Gleichzeitig brandmarken Mitglieder der Regierung und der Sicherheitskräfte als »kommunistische Frontorganisationen«, die direkt dem Aufstand zuzuordnen seien. Dieses Vorgehen gibt Anlass zur Sorge, dass weitere politische Morde an Zivilisten wahrscheinlich sind. Damit wird eine Spirale der Gewalt und der Rechtsverletzungen in Gang gesetzt, da die Aufständischen mit Morden als Vergeltungsmaßnahmen reagieren.

Die Hoffnung auf eine Wiederaufnahme des zurzeit unterbrochenen Friedensprozesses verringert sich weiter. Das gilt auch für den Pakt von 1998, in dem sich beide Parteien des bewaffneten Konfliktes verpflichtet hatten, die Menschenrechte und die humanitären Gesetze zu respektieren.

Um drohenden weiteren Morden zu begegnen und um durch Respektierung der Menschenrechte die Grundlagen für einen zukünftigen Frieden zu schaffen, ruft amnesty international die philippinische Regierung auf, ihrer Verpflichtung zum Schutz des Rechtes auf Leben für jedes Individuum im Bereich ihrer Rechtsprechung nachzukommen. Diese Verpflichtung ist im internationalen Menschenrecht und in der philippinischen Verfassung verankert. Sie gilt für jeden

unabhängig von seiner politischen Gesinnung. Die Regierung muss auch dann eine Strafverfolgung einleiten, wenn an den Angriffen auf Zielpersonen Angehörige der Sicherheitskräfte beteiligt waren. amnesty international ruft die bewaffneten Gruppen ebenfalls auf, sich strikt an ihre Verpflichtungen zur Beachtung der Menschenrechte und der humanitären Gesetze zu halten.

Drei Verhaftungen, keine Verurteilungen

Zum Schutz des Rechtes auf Leben müssen als erstes die Verantwortlichen für die Angriffe identifiziert werden und vor Gericht gestellt werden. Demgegenüber stehen bisher Berichte über ineffektive Untersuchungen und eingeschüchterte Zeugen, die keine Aussagen machen wollen. Das führte dazu, dass bei den 114 politischen Morden an Linken, die die Polizei von 2001 bis Juni 2006 dokumentiert hat, nur in drei Fällen Verdächtige verhaftet wurden, aber keine Verurteilungen erfolgten.

Es ist ein klarer politischer Wille nötig, um die Beweise für die Verantwortung in den Mordfällen klarzulegen. Dazu muss sichergestellt werden, dass alle Morde sofort, gründlich, unparteiisch und effektiv untersucht werden. Um nach einer langen Phase der Straflosigkeit dem Recht zur Geltung zu verhelfen, müssen solche Untersuchungen zur Verhaftung, Anklage, Verurteilung und Strafe der Täter führen.

Wenn dies der philippinischen Regierung nicht gelingt, wird das öffentliche Vertrauen in die Rechtsprechung und in die Geltung des Gesetzes in den Philippinen weiter untergraben. Außerdem kann der Friedensprozess nur durch eine Respektierung der Menschenrechte von allen Seiten vorankommen.

amnesty international's 14-Punkte Programm zur Verhinderung außergerichtlicher Hinrichtungen beruht auf den UN-Prinzipien zur effektiven Verhinderung und Untersuchung extralegalen, willkürlicher und summarischer Hinrichtungen. Das

Empfehlungen des ai Berichts:

I. Wiederherstellung des Respekts für die Menschenrechte:

Offizielle Verdammung: Übereinstimmend müssen auf jeder Regierungsebene alle politischen Morde verdammt werden.

Kontrolle der Befehlsketten: Vermeidung von Befehlen von höheren Offizieren oder öffentlichen Amtsträgern, die andere Personen ermächtigen, anstacheln oder schweigend ermutigen, ungesetzliche Morde auszuführen; es muss gewährleistet sein, dass die Befehlshaber eine geeignete Kontrolle über ihre Untergebenen ausüben.

Aktion gegen Todesschwadronen und Vigilanten: Verbot und Entwaffnung jeglicher Todesschwadronen, Privatarmeen, kriminelle Banden und paramilitärischer Kräfte, die außerhalb der Befehlskette aber mit offizieller Unterstützung oder Duldung operieren.

II. Garantie des Rechtssystems

Untersuchungen: Es ist zu gewährleisten, dass alle Beschwerden und Berichte über politische Morde sofort, unparteiisch und effektiv untersucht werden. Ein unparteiisches und unabhängiges Gremium soll die Aufsicht führen um zu gewährleisten, dass Untersuchungen durch die Polizei und andere untersuchende Behörden in Übereinstimmung mit internationalen Standards ausgeführt werden.

Gerichtliche Verfolgung: Es muss gewährleistet sein, dass die Verantwortlichen für politische Morde vor Gericht gestellt werden in Übereinstimmung mit internationalen Standards.

Schutz gegen Morddrohungen und andere Einschüchterungen: Für die volle Verwirklichung des Zeugenschutzes muss gesorgt werden, gemäß dem Gesetz für Sicherheit und Unterstützung (Witness Protection, Security and Benefit Act – RA 6981), um sichere, verlässliche und dauerhafte Abläufe zu gewährleisten, die eine Teilnahme der Zeugen politischer Morde an den Gerichtsverfahren garantieren.

III. Der Friedensprozess: Die Befolgung der Menschenrechtsvereinbarung muss gewährleistet sein:

Alle Parteien des bewaffneten Konfliktes sollten erneut die Verpflichtung und Gewährleistung abgeben, die 1995 geschlossene umfassende Vereinbarung zur Respektierung der Menschenrechte und des internationalen humanitären Rechtes (Comprehensive Agreement on Respect for Human Rights and International Humanitarian Law – CARHRIHL) einzuhalten. Die Respektierung der Menschenrechte sollte dadurch verbessert werden, dass die Arbeit des Vereinten Überwachungskomitees (Joint Monitoring Committee – JMC) der CARHRIHL Vereinbarung gewährleistet wird.

IV. Aktion durch andere Menschenrechtsinstitutionen:

National: Der stellvertretende Ombudsmann für Militär und andere Sicherheitskräfte, andere Untersuchungsagenturen und die philippinische Menschenrechtskommission CHR sollten sofortige und effektive Untersuchungen aller politischen Morde durchführen. Diese sollten zu Empfehlungen an das Justizministerium führen. Anklagen gegen die Verantwortlichen zu erheben.

International: Die philippinische Regierung muss dringend aufgefordert werden, die Expertise der speziellen UN-Mechanismen zu nutzen und den Sonderberichterstatter für außergerichtliche Hinrichtungen, den Sonderrepräsentanten für die Menschenrechtsverteidiger und Repräsentanten der Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierung auf die Philippinen einzuladen.



Internationaler Protest maoistischer philippinischer Migrant/innen gegen die politischen Morde

Quelle: www.iapl.net

Programm bildet ein Gerüst, innerhalb dessen das Muster politischer Morde gestoppt werden kann. Die Organisation drängt die Regierung der Philippinen, das gesamte Programm umzusetzen.

Was die unmittelbare Gefahr weiterer Morde betrifft, so gibt amnesty international eine Reihe von Empfehlungen an die Regierung, an internationale Organisationen, Organisationen der Zivilgesellschaft und an die bewaffneten Gruppen.

Fallstudie: Irma »Kathy« Alcantara

Irma »Kathy« Alcantara, 44 Jahre alt, wurde am Morgen des 5. Dezembers 2005 gegen zehn Uhr ermordet. Sie war Regionalkoordinatorin und Generalsekretärin der Organisation Bewegung für die nationale Demokratie KPD für die Provinz Bataan. Sie wurde nahe eines Ferienhotels in der Gemeinde Gabon, im Distrikt Abucay in Bataan erschossen. Dort nahm sie an einer Konferenz der Bauern und Fischer der Provinz teil.

Nach Zeugenaussagen, die von Menschenrechtsorganisationen einschließlich der Task Force Detainees of the Philippines (TFDP) und von KPD-Mitgliedern aufgenommen wurden, hatte Kathy gerade nach einer Überprüfung der Essensvorbereitung für die Konferenz das Hotel verlassen, als zwei nicht identifizierte Männer auf Motorrädern das Feuer mit einer 45er Pistole auf sie eröffneten.

Drei Geschosse trafen sie im Nacken und in der rechten Brust. Zeugen berichteten, dass vor dem Angriff einzelne Motorradfahrer am Hotel vorbeigefahren waren und dass am Morgen um 6:30 Uhr ein einzelnes Motorrad mit zwei oder drei unbekanntem Männern vor dem Hotel geparkt hatte. Kathy wurde von einem benachbarten Ladenbesitzer in das Provinzkrankenhaus von Bataan gebracht, aber sie starb vor der Ankunft. Sie hinterlässt ihren Ehemann, einen Gemeindeorganisator, und zwei Kinder.

Kathy war schon seit langem eine engagierte Gemeindeaktivistin. Schon Ende der 70er Jahre war sie

Organisatorin basischristlicher Gemeinden auf Luzon und seit den 1980er Jahren in der Provinz Bataan politisch aktiv. Sie hatte erfolgreich eine Kampagne gegen das geplante Kernkraftwerk Bataan organisiert und war Mitglied in der Allianz für souveräne Philippinen in Zentralluzon. Als Regionalkoordinatorin der KPD hatte sie geholfen, eine Reihe von Bürgerinitiativen zu verschiedenen sozioökonomischen und politischen Fragen zu organisieren.

Konferenzteilnehmer der KPD berichteten, dass Kathy vor ihrem Tod Morddrohungen erhalten hatte und dass sie unter Überwachung stand, mutmaßlich durch Angehörige von Militär oder Polizei. Ein KPD-Mitglied, sagte Kathy, habe ihr eine SMS von Kollegen aus Zambales gezeigt, dass sie durch die Polizei an der Teilnahme an einer Demonstration gehindert worden seien. Dabei habe die Polizei gefragt, ob sie Kathy kennen. Er erzählte weiter, dass er und seine Kollegen beschlossen hätten, Kathy nicht zu identifizieren, als eine Reihe unbekannter Personen in die Büros der KPD eindringen und nach ihr fragten und als weitere Personen, von denen sich einige scheinbar als Händler ausgaben, offensichtlich eine Überwachung der Gegend durchführten.

Am Tag des Mordes sah ein Konferenzteilnehmer ein silberfarbenes Motorrad und drei Männer nur fünfzig Meter vom Hoteleingang entfernt. Andere Zeugen beschrieben, sie hätten ein weißes Fahrzeug mit drei Insassen gesehen, von denen einer ein weißes T-Shirt mit der Aufschrift »PMA« trug, wie er vermutete als Abkürzung für Philippine Military Academy (philippinische Militär Akademie). Die Konferenzteilnehmer beschrieben, dass die Polizei kurz nach den Schüssen erschien, aber sich auf die Befragung der Teilnehmer konzentrierte statt die Täter zu verfolgen oder Straßensperrungen zu errichten.

Andere in Zivilkleidung betraten den Konferenzraum und hinderten die Teilnehmer am Verlassen des Raumes. Weitere Zeugen berichteten, dass dreißig Minuten nach dem Mord drei Polizeipatrouillen mit dreißig vollbewaffneten Polizisten eintrafen. Einige wurden als Personal der Station der Philippinischen Nationalpolizei in Abucay erkannt. Kathys Leiche wurde in ein Leichenschauhaus gebracht und später ohne Autopsie zur Verbrennung freigegeben. Nach den ersten Verhören durch die Polizei vor Ort erfuhren Kathys Freunde und Bekannte nichts über weitere polizeiliche Untersuchungen. Kurz nach dem Angriff berichtete das Lokalradio, der Mord sei mutmaßlich durch die Neue Volksarmee NPA begangen worden. Der Fall ist bis heute ungelöst.

Fallstudie: Rafael Markus Bangit

Rafael Markus »Makoy« Bangit, 45 Jahre alt, verheiratet und Vater von vier Kindern, wurde am 8. Juni 2006 gegen 19 Uhr in San Isidro, Echague, in der

Provinz Isabela in Nordluzon erschossen. Er war mit seinem Sohn im Bus gefahren, und zwar von seiner Wohnung in Tabuk in der Provinz Kalinga zu seiner Arbeitsstelle in Baguio City.

Zwei nicht identifizierte bewaffnete Männer mit schwarzen Gesichtsmasken näherten sich Markus und schossen auf ihn, als er dabei war, den Bus nach einem Stop für eine Essenspause der Passagiere in einem Straßenrestaurant wieder zu besteigen. Ein Polizeibericht des Vorfalls stellt fest, dass die Bewaffneten das Feuer auf Markus mit einer 45er Pistole eröffneten und dann weitere fünf Schüsse auf ihn abgaben, als er am Boden lag. Er starb an vier Schüssen in Brust und Bauch.

Eine andere Mitreisende im Bus, Dr. Gloria Tausaga, Direktorin der Quezon National High School der Provinz Isabela, schrie um Hilfe, als sie den Überfall bemerkte. Sie wurde mehrfach von Schüssen getroffen und starb sofort. Markus Bangits Sohn blieb unverletzt. Die Polizei fand später sieben 45er Patronenhülsen und eine Schraube und erfuhr von Zeugen, dass der Wagen der Täter dem Bus schon eine Zeitlang gefolgt war.

Markus Bangit war der Führer des Malbong-Volkes in der Provinz Kalinga und ein Padang (Halter des Friedenspaktes), der für die traditionellen Friedens- und Freundschaftsabkommen zwischen seinem Volk und anderen indigenen Gemeinschaften eintrat und sie repräsentierte. Er war seit langer Zeit ein Aktivist der indigenen Völker. Er spielte eine prominente Rolle im Widerstand gegen das Chico-Damm-Projekt in den 70er Jahren und wurde später Koordinator des Ältestenrates der Allianz der Cordilleravölker CPA, einer Unterorganisation der maoistischen Organisation BAYAN. Er war früher Ratsmitglied der Gemeinde und stellvertretender Vorsitzender der Provinzabteilung von Kalinga der linken Listenpartei Bayan Muna gewesen.

Seine Kollegen in der CPA hatten sich im März bei der örtlichen Polizei beschwert, dass ihre Büros in Baguio von nicht identifizierten Männern intensiv überwacht wurden. Ihnen gegenüber hatte Markus Bangit erwähnt, er fühle sich überwacht und bei seinen Einkäufen mit seiner Familie in Tabuk verfolgt. Im Juni übergab die Polizei die Patronenhülsen und die Schraube zu einer gerichtsmedizinischen Untersuchung. Aber bis Ende Juli 2006 wurde nichts über weitere Polizeiermittlungen bekannt.

Fallstudie: Abelardo Ladera

Rechtsanwalt Abelardo Ladera, 45 Jahre alt, wurde am 4. März 2005 gegen 13 Uhr getötet. Abelardo Ladera war Stadtrat in der Provinz Tarlac in Zentral-luzon. Er wurde von nicht identifizierten Tätern, die mit einem Gewehr bewaffnet waren, erschossen, als er auf dem McArthur Highway in der Gemeinde Paraiso in Tarlac City auf dem Heimweg war.

Ratsherr Ladera hatte an einem Laden für Autozubehör in der Gemeinde Paraiso gehalten, um zusammen mit seinem Kollegen Alberto Sebastian Ersatzteile zu kaufen. Dabei wurde er oben in die linke Brust geschossen. Sein Fahrer brachte ihn in die Klinik von Zentralluzon aber er wurde bei der Ankunft für tot erklärt. Nach dem Autopsiebericht war er durch einen Schuss ins Herz getötet worden.

Ratsherr Ladera war der Führer der Provinzabteilung in Tarlac der Listenpartei Bayan Muna und spielte eine Rolle bei der Interessenvertretung der Arbeiter der Zuckerfabrik und der Landarbeiter der Zuckerplantage Hacienda Luisita und der zentralen Zuckermühle von Tarlac. Im November 2004 wurden sieben Zuckerarbeiter und Unterstützer getötet worden, als bei der gewaltsamen Zerstreuung einer Demonstration durch Polizei und Militär geschossen wurde.

Im Januar 2005 benannten Armeeoffiziere des Kommandos von Nordluzon den Streik auf der Hacienda Luisita als eine Angelegenheit von »nationaler Sicherheit«. Sie bezeichneten Ratsherr Ladera zusammen mit anderen Gewerkschaftsfunktionären als Kontaktperson der kommunistischen Partei der Philippinen CPP und ihres bewaffneten Armes, der



Demonstration in Folge verschärfter Einschnitte in Bürgerrechte in Mekati, Metro Manila
Foto: Boris Michel

Neuen Volksarmee NPA, bei der Hacienda Luisita und als »Staatsfeinde«. Mehrere Flugblätter wurden vom Militär herausgegeben, die Ratsherr Ladera fälschlich als Neffen eines bekannten NPA-Kommandeurs beschrieben, und Verlautbarungen des Militärs behaupteten öffentlich, er sei mitverantwortlich für die angeblich von NPA-Kämpfern ausgelöste Gewalt während der Auflösung der Demonstration.

Die Polizei stellte fest, dass mindestens fünf Zeugen den Angriff auf Ladera gesehen hatten. Ein lokaler Untersuchungsausschuss wurde eingesetzt. Die ersten Ermittlungen ergaben, dass eine Verbindung zwischen dem Mord an Ratsherrn Ladera und seiner Rolle bei den Auseinandersetzungen auf der Hacienda Luisita besteht. Die Polizei verkündete später, dass ein Verdächtiger mit dem Mord in Verbindung gebracht wurde, der schon Anklagen wegen Raubes und Mord entgegensah. Man hatte eine Notiz mit seiner Handschrift nahe des Autozubehörladens gefunden, in dessen Nähe Ratsherr Ladera getötet worden war. Der Verdächtige wurde beschrieben als angeheuerter Scherge und als früheres NPA-Mitglied. Er wurde auch mit dem Mord an Pfarrer William Tadena in Verbindung gebracht. Die Polizei vermutete, dass beide Morde von einer antikommunistischen Vigilante-Gruppe angeführt wurden.

Der Gouverneur von Tarlac beklagte jedoch, dass der mangelnde Zeugenschutz und die dadurch mangelhafte Beweislage die Polizei davon abhielt, die Täter zu identifizieren und zur Anklage zu bringen. So blieb der Fall ungelöst.

Fallstudie: Pfarrer Edison Lapuz

Pfarrer Edison Lapuz, 38 Jahre alt, verheiratet und Vater von zwei Kindern, wurde am 12. Mai 2005 gegen 18:30 Uhr getötet, als er und seine Frau Emma sich im Haus ihres Vater in der Gemeinde Crossing in San Isidoro auf der Insel Leyte aufhielten. Sie waren mit wenigstens zehn Verwandten am Nachmittag nach der Beerdigung von Emmas Vater in das Haus zurückgekehrt.

Zwei nicht identifizierte bewaffnete Männer drangen Berichten zufolge in das Haus ein und schossen aus zwei Metern Entfernung Pfarrer Lapuz in Kopf und Magen. Er starb auf der Stelle. Sein Freund Alfredo Manilao, ein örtlicher Ratsherr der Gemeinde und Bauernorganisator, wurde bei dem Angriff auch angeschossen und verstarb später im Krankenhaus.

Pfarrer Lapuz war ein Minister der protestantischen United Church of Christ of the Philippines (UCCP) und diente ihr als Mitglied im Nationalen Rat. Er leitete auch die Gemeinschaft der ländlichen Kirchengemeinden in der Region »Östliches Leyte«. Aktiv verteidigte er die Rechte und den Lebensunterhalt von Gemeinden, die an den gesellschaftlichen

Rand gedrängt waren. Weiter war er der regionale Koordinator der Listenpartei Bayan Muna. Er unterstützte ihre friedliche Beteiligung an parlamentarischer Politik. Nach der Ermordung des örtlichen Menschenrechtsanwaltes Felidito Dacut spielte er eine führende Rolle bei der Bildung einer Protestgruppe, die eine Untersuchung und Anklage der Verantwortlichen forderte.

Nach Berichten, die von der Menschenrechtsorganisation Karapatan kurz nach dem Angriff in der Gegend gesammelt worden waren, hatten Einwohner der Gegend vier nicht identifizierte Männer auf zwei Motorrädern gesehen, die kurz vor den Schüssen in der Nachbarschaft vorbei fuhren. In den Monaten zuvor war Pfarrer Lapuz durch mutmaßliche Militär-angehörige überwacht worden. Seine Schwester beschrieb, wie uniformiertes Militärpersonal im Oktober 2004 in das Haus ihres Vaters gekommen war. Sie identifizierten sich als Mitglieder der UCCP und erfragten detaillierte Informationen über ihren Bruder, seine Adresse in Tacloban City und seinen gegenwärtigen Aufenthaltsort. Auch eine Woche vor dem Angriff kam Militärpersonal in das Haus und stellte die gleichen Fragen.

Vor seinem Tod hatte Pfarrer Lapuz die Besorgnis gegenüber Amtsbrüdern in Manila geäußert, dass er und seine Kollegen unter militärischer Bewachung ständen und außerdem Einschüchterungsversuchen ausgesetzt seien. Es wurde außerdem berichtet, dass sein Name in einem militärischen Kampfbefehl aufgeführt war und dass sein Foto im örtlichen Camp der mobilen regionalen Gruppe der Polizei ausing einer Einheit, die häufig in Aufstandsbekämpfungsmaßnahmen verwickelt war.

Nach Berichten der Asiatischen Menschenrechtskommission in Hongkong gibt es fortgesetzte ernsthafte Besorgnis über den Ablauf polizeilicher Ermittlungen der Morde. Insbesondere liegen Berichte über Versäumnisse beim Schutz von Verwandten und anderen Zeugen, die sich bedroht fühlen wenn sie weiterhin in die polizeilichen Untersuchungen verwickelt sind, vor. Die Untersuchungen im Fall Lapuz sind gestoppt und nach über einem Jahr seit dem Angriff gibt es keine Festnahmen oder Anklagen. Der Fall bleibt ungelöst.

Zusammengestellt durch die Philippinenkoordinationsgruppe von amnesty international Deutschland. Verbindlich ist die englische Originalfassung.